

BUNDESGERICHTSHOF

IX 79 228/81

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Recha K [REDACTED] .

[REDACTED] F[REDACTED] Street, E[REDACTED] St. K[REDACTED], [REDACTED]/A[REDACTED].

Klägerin und Beschwerdeführerin,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt [REDACTED], [REDACTED] -

g e g e n

Land Rheinland - Pfalz ,

vertreten durch das Ministerium der Finanzen,

Ka[REDACTED]-Fr[REDACTED]-Straße 9, M[REDACTED].

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 11. Februar 1982 durch den Vorsitzenden Richter Mai und die Richter Zorn, Fuchs, Görtner und Dr. Jähcke

beschlossen:

Die Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 5. Zivilsenats - Entscheidungssatz - des Oberlandesgerichts Koblenz vom 20. August 1981 wird zurückgewiesen.

Die außergerichtlichen Kosten des Beschwerdeverfahrens trägt die Klägerin.

Sie sei im beiden Fällen verspätet gewesen, Wiedereinsetzung nicht zu gewähren. Das ist im Ergebnis richtig. Der Anspruch des Hinterbliebenen ist ein selbständiger Anspruch, der vom Anspruch des Verfolgten nach § 29 Nr. 1 bis 5 BGG rechtlich unabhängig ist (vgl. BGH RZW 1970, 409; BGH RZW 1978, 173 und ständig). Weil die Klägerin bereits rechtswirksame Entschädigung bestragt hatte, hätte sie den auf § 41 BGG gestützten Hinterbliebenenanspruch nach § 189 a Abs. 2 Satz 2 BGG innerhalb eines Jahres nach dem Tode ihres Ehemannes anmelden können. War sie ohne ihr Verschulden verhindert, diese Frist einzuhalten, hätte sie alsbald nach dem Fortfall des Hindernisses Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragen und die der rechtzeitigen Anmeldung entgegenstehenden Umstände dartum und glaubhaft machen müssen (§§ 189 a Abs. 2 Satz 3, 189 Abs. 3 BGG). Das hat sie nicht getan. Sie hat den Anspruch frühestens am 27. Oktober 1972 geltend gemacht, ohne dabei ausdrücklich Wiedereinsetzung zu beantragen. Weil sie nach ihrem Vorbringen selbst nach § 150 BGG anspruchsberechtigt ist (vgl. BGH RZW 1978, 173), hätte sie den Hinterbliebenenanspruch auch dann rechtzeitig anmelden können, wenn sie geglaubt haben sollte, für den Gesundheitsschadensanspruch ihres Ehemannes sei maßgebend, daß er ihn wegen einer nach § 160 BGG angenommenen Anspruchsberechtigung gewährt worden war. Die Klägerin hatte zwar formularmäßig bereits am 20. Dezember 1965 auch einen "Hinterbliebenenanspruch §§ 163 (hilfsweise § 159), 15 bis 26 BGG" nachgemeldet. Daraus kann sie schon deswegen Rechte nicht herleiten, weil jene Anmeldung nicht den jetzt geltend gemachten Hinterbliebenenanspruch nach

§ 41 NRO betr. für eine Abhilfe fehlt es an dem Erfordernis einer rechtsbeständigen, den Anspruch zu Unrecht verneinenden Vorverurteilung.

Kat

Gutman